

## Konferenzbericht: "A Transatlantic Dialog on the Green New Deal with John Kerry and Sigmar Gabriel"

Am 29. April fand in Kooperation mit dem Center for American Progress, der Bucerius Law School und der Zeit Stiftung eine öffentliche Diskussion mit Bundesumweltminister Sigmar Gabriel und Senator John Kerry statt. Ziel dieser Veranstaltung war, den transatlantischen Dialog hinsichtlich umweltpolitischer Fragestellungen zu vertiefen.

Zu Beginn stellte Bundesminister Gabriel zunächst fest, dass Gespräche über Umweltpolitik mit der neuen Obama-Regierung einen Unterschied zwischen Tag und Nacht zur Bush-Regierung darstellen. Die USA erkenne nun offiziell an, dass sich ein rasanter Klimawandel ereigne. Um diesem entschlossen entgegenzutreten zu können, wollen sich die USA ihrer Verantwortung als einer der größten globalen Emissionsverursacher stellen. So stelle die Kopenhagener Klima Konferenz Ende des Jahres für Präsident Obama einen wichtigen Rahmen dar, in dem die USA ein rechtsverbindliches Klimaschutzabkommen erreichen wolle. Außerdem solle es innerhalb dieser Gespräche vor allem um langfristige Zielsetzungen gehen, wie die Reduktion von CO<sub>2</sub> Emissionen bis zu den Jahren 2020-2025.

Zudem sei ein wichtiges Ziel, die BürgerInnen in den eigenen Ländern von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich aktiv gegen den Klimawandel einzusetzen. Dabei sei es aber wichtig, nicht nur die Belastungen (z.B. die Kosten für Emissionsreduktionen) herauszustellen, sondern auch die Möglichkeiten aufzuzeigen, wie zum Beispiel die Schaffung von „Green jobs“. Deutschland habe diesbezüglich eine positive Bilanz aufzuweisen: innerhalb der letzten Jahre konnten 280.000 neue Jobs in Bereich der erneuerbaren Energien geschaffen werden und die Prognosen für die Zukunft seien noch besser. Auch um die Abhängigkeit von Energielieferungen aus anderen Ländern reduzieren zu können, seien Investitionen in grüne Branchen zukünftig also unerlässlich. Bisher fanden Diskussionen über erneuerbare Energien und Umweltschutz in den USA eher losgelöst von Finanzfragen statt. Bundesminister Gabriel stellte daraufhin heraus, dass durch die globale Finanzkrise jedoch erstmalig die Möglichkeit eröffnet wurde, in den damit verbundenen Konjunkturprogrammen auch Gelder für „Green jobs“ und Umweltinvestitionen einzuplanen.

Senator Kerry stimmte den Aussagen Gabriels zu und ergänzte, dass sich der voranschreitende Klimawandel zu einer Generationenaufgabe entwickelt habe. Es sei deshalb von besonderer Wichtigkeit, sich regelmäßig mit neuen wissenschaftlichen Ergebnissen auseinanderzusetzen. Ein Ziel sei jedoch nach wie vor, sich vorrangig auf die Reduktion von CO<sub>2</sub> zu konzentrieren, welche hauptsächlich über die Produktion umweltfreundlicherer Automobile, sowie energieeffizienter Häuser zu erreichen sei. Energien effizient zu nutzen sei der günstigste und schnellste Weg für eine Bekämpfung des Klimawandels, so Kerry. Es lässt sich festhalten, dass sich Bundesminister Gabriel und Senator Kerry darüber einig waren, dass Investitionen in grüne Branchen für alle Beteiligten eine Gewinnsituation darstellen könnte. Dabei solle vorwiegend China mit einbezogen werden. Zum einen, weil sich China zum größten Energieverbraucher der Welt entwickelt und damit die USA überholt habe und zum anderen, weil es mittlerweile mehr als das Doppelte für saubere Energien ausbebe als die USA. Damit könne China sein selbst gestecktes Ziel, bis 2012 20% seiner Emissionen zu reduzieren, einhalten. Sowohl Senator Kerry, als auch Bundesminister Gabriel merkten an, wie wichtig multilaterale Absprachen in Hinblick auf die Bekämpfung des Klimawandels seien.

Christina Rentzsch, 30. April 2009, Washington DC